

Bieter-Formblatt

für das Vergabeverfahren:

Ausschreibung TWB_204_2026: Gleisstopfarbeiten

A. Allgemeine Angaben

Sollte der im Formblatt zur Verfügung stehende Platz für die vorgesehene Information/Angabe nicht ausreichen, sind die weiteren Angaben unter Verweis auf die jeweilige Ziffer des Formblattes auf gesonderter Anlage möglich.

Bei einer elektronischen Einreichung ist in etwaigen Unterschriftenzeilen der Firmenname sowie der Name der natürlichen Person, die diese Erklärung abgibt, anzugeben.

Bestandteile unseres / meines Angebotes sind folgende Erklärungen und Angaben:

1. Name und Adresse des Bieters

Firma / Name: _____

Straße / Postfach: _____

PLZ und Ort: _____

Telefon (optional): _____

E-Mail (optional): _____

Homepage: _____

Ansprechpartner: _____

2. Rechtsform

Sonstiges:

3. Auskünfte zum Bieter

☐ Einzelbieter oder ☐ Bietergemeinschaft

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist je beteiligtem Mitglied ein Bieter-Formblatt ausfüllen und zusätzlich den beiliegenden Vordruck „Bietergemeinschaftserklärung“ ausgefüllt als Formblatt Bietergemeinschaftserklärung anfügen.

4. Angaben zur Eignungsleihe

- ☐ Die Eignung wird ohne Eignungsleihe nachgewiesen oder
- ☐ Im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und Leistungsfähigkeit wird auf die Kapazitäten anderer Unternehmen zurückgegriffen.

Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistung

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassene Eignung

Im Falle der Eignungsleihe ist die nachstehende Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe beizufügen.

Der Auftraggeber behält sich unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze das Recht vor, eine gemeinsame Haftung des Bieters/Bewerbers und des anderen Unternehmens (Entleiher) für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe zu verlangen, wenn der Bewerber/Bieter Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt.

5. Angaben zur Unternehmensgröße des Bieters

- ☐ Der Bieter ist ein kleines und mittleres Unternehmen (KMU) gemäß Empfehlung der Kommission vom 06.05.2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (2003/361/EG).

oder

- ☐ Der Bieter ist ein Großunternehmen

Ort, Datum

Name Erklärende Person

Unterschrift erklärende Person

B. Angaben zu den Teilnahmebedingungen

1. Befähigung der Berufsausübung einschließlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

1.1. Nachweis über die Erlaubnis zur Berufsausübung

- ☐ Ein aktueller Nachweis über die Erlaubnis zur Berufsausübung je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem der Bieter niedergelassen ist, entweder durch die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder durch sonstigen Nachweis über die erlaubte Berufsausübung ist diesem Dokument als Anlage 1.3 beigelegt.

1.2. Aussagekräftige Unternehmensdarstellung

Firma / Name des Unternehmens

Sitz des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens

Rechtsform

Geschäftsleitung des Unternehmens

Kurze Beschreibung des Tätigkeitsbereichs

Benennung des Ansprechpartners für die Bewerbung

1.3. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Ich/wir erkläre/n, dass die Ausschlussgründe auf mich/uns nicht zutreffen, d.h.

- ☐ keine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgestellt worden ist wegen einer Straftat nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und

Bestechung von Mandatsträgern), den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

- ☐ das Unternehmen allen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und insoweit auch keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt;

Alternativ: Bei entsprechender Feststellung eines Verstoßes nach § 123 Abs. 4 GWB ist zusätzlich folgende Angabe zu machen:

☐ *Ich/wir erkläre/n, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.*

- ☐ keine Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vorliegen;
- ☐ dass das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- ☐ dass das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist oder über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich der Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit nicht eingestellt hat;
- ☐ dass weder ich/wir, das Unternehmen selbst oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen nach § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
- ☐ dass das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- ☐ dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der

durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen – als dem Ausschluss – nicht wirksam beseitigt werden kann;

- ☐ dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen – als den Ausschluss – wirksam beseitigt werden kann;
- ☐ dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
- ☐ dass das Unternehmen nicht in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln;
- ☐ dass das Unternehmen nicht
 - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Entscheidungen über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Selbstreinigung, Zeitraum für Ausschlüsse

Auf die Möglichkeit der Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie auf den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Liegt somit ein oder mehrere Ausschlussgrund/-gründe nach § 123 GWB und/oder § 124 GWB vor bzw. können einzelne oder mehrere der in der Bekanntmachung geforderten Nachweise/Erklärungen nicht geführt/vorgelegt werden, so muss der Bewerber in Bezug auf die Ausschlussfristen nach § 126 GWB und kann in Bezug auf die selbstreinigenden Maßnahmen nach § 125 GWB – soweit jeweils einschlägig – weitere nachvollziehbare Angaben machen. Diese sind diesem Dokument als Anlage 1.3 Selbstreinigung/Zeitraum für Ausschlüsse beizufügen.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro kann der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Ich/ Wir erklären hiermit, dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

Mir/ Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem/ unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwa erteilten Auftrags führen kann.

Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns auch, die vorstehende Erklärung von Nachunternehmern zu fordern und diese vor Zustimmung der Auftraggeberin zur Weiterbeauftragung vorzulegen

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

2.1. Umsatz (netto) des Unternehmens, soweit er Leistungen betrifft, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind

Jahr _____

Gesamtumsatz in EURO _____

Besteht das Unternehmen noch keine drei Jahre, so ist der Umsatz für die Dauer des Bestehens anzugeben.

2.2. Nachweis ausreichender Bonität

- ☐ Einen Nachweis ausreichender Bonität durch Vorlage einer aktuellen Wirtschaftsauskunft einer Ratinggesellschaft, wie z. B. Creditreform oder einer vergleichbaren Wirtschaftsauskunft, in Bezug auf Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit, haben wir diesem Dokument als Anlage 2.2 beigelegt.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

3.1. Eigenerklärung zu einschlägigen Erfahrungen/einschlägigen Referenzen

Eine Eigenerklärung zu einschlägigen Erfahrungen/einschlägigen Referenzen durch eine Aufstellung der wesentlichen, innerhalb der letzten drei Jahre sowie des laufenden Jahres erbrachten Leistungen des Bieters bezogen auf den Leistungsgegenstand (hier: Lieferung Bahnschwellen (Beton) liegt diesem Dokument als Anlage 3.1 bei.

Anzugeben sind dabei - je Projekt/je Referenz - der Leistungsinhalt und Leistungsumfang sowie die Modalitäten der Leistung, der Auftragswert, Ausführungszeit sowie der Auftraggeber mit Ansprechstelle (Telefonnummer/E-Mail- Adresse). Bescheinigungen des Auftraggebers können ergänzend zum Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Leistungserbringung vorgelegt werden.

Ort, Datum
Person

Name Erklärende Person

Unterschrift erklärende

C. Erklärung der Bietergemeinschaft (falls zutreffend)

Erklärung der Bietergemeinschaft

(vom Bieter ggf. auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen einer Bietergemeinschaft,

Mitglied _____ USt-ID: _____

Mitglied _____ USt-ID: _____

Mitglied _____ USt-ID: _____

Mitglied _____ USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- der bevollmächtigte Vertreter mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt ist, für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,
- der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerber-/ Bietergemeinschaft zu handeln,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ Ort, Datum	_____ Name Erklärende Person	_____ Unterschrift erklärende Person
---------------------	---------------------------------	---

_____ Ort, Datum	_____ Name Erklärende Person	_____ Unterschrift erklärende Person
---------------------	---------------------------------	---

_____ Ort, Datum	_____ Name Erklärende Person	_____ Unterschrift erklärende Person
---------------------	---------------------------------	---

_____ Ort, Datum	_____ Name Erklärende Person	_____ Unterschrift erklärende Person
---------------------	---------------------------------	---

Hinweis: Die Auftraggeberin behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche die Zulässigkeit der Kooperation in Form einer Bietergemeinschaft (unter anderem mit Blick auf § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) belegen.

D. Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe

Bieter: _____

Name und Anschrift des sich verpflichtenden Unternehmens:

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen

Leistungsbereich

Beschreibung der Teilleistung

Vorgelegte Erklärungen / Nachweise für den Leistungsbereich:

Ort, Datum

Name Erklärende Person

Unterschrift erklärende Person

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen

- ☐ Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

Ort, Datum

Name Erklärende Person

Unterschrift erklärende Person

E. Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen	Name des Unternehmens	Mein/Unser Betrieb ist auf die Leistung eingerichtet
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐

F. Datenschutzerklärung

Bieter: _____

Der Bewerber/ Bieter erklärt sich mit Einreichung seiner Bewerbung und seines Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und vom Bewerber/ Bieter bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, Rechtsberater) bedient und ggf. die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

Der Bewerber/ Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bewerber/ Bieter an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber/ Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

Ort, Datum
Person

Name Erklärende Person

Unterschrift erklärende